

Herr Bürgermeister,  
meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen des Rates,  
sehr geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Der uns zugeleitete Haushaltsentwurf ist strukturell, d. h. **ohne** Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage, ausgeglichen.

Nach den nicht gerade optimistischen Prognosen von Ihnen, sehr geehrter Herr Ulrich und von Ihnen sehr geehrter Herr Bürgermeister Offergeld aus dem Vorjahr, ist das schon eine große Erleichterung. Aber es ist noch nicht das Besondere an diesem Entwurf, denn mit Ausnahme des Jahres 2001 war das in Heinsberg eher die Regel. Das Bemerkenswerte ist jedoch die Deutlichkeit mit der dieser Haushaltsausgleich erreicht wurde.

Das Bemerkenswerte besteht u. a. in dem beachtlichen Zuwachs bei der **Gewerbesteuer**. Der Zuwachs wird dadurch erst richtig deutlich, wenn man bedenkt, dass 80% der Zunahme der Steuerkraft aller Kommunen des Kreises auf die Stadt Heinsberg entfallen. Das für den Vermögenshaushalt davon dennoch nicht mehr übrig bleibt als die Pflichtzuführung, das hat etwas mit dem Gemeindefinanzausgleich zu tun. Die Starken müssen etwas abgeben an die Schwachen. Dagegen ist nichts einzuwenden. Niemand ist gefeit davor auch einmal davon zu profitieren. Wir wollen gerne zu den Stärkeren gehören. Ärgerlich ist nur, dass es in manchen Kommunen Kämmerer geben soll, die es sich bequem machen, nach dem Motto: "Je weniger eigene Steuerkraft, je mehr Schlüsselzuweisungen."

In diesem Zusammenhang darf ich auf die Äußerungen des Hauptgeschäftsführers des Städte- u. Gemeindebundes NRW, Herrn Dr. Bernd Jürgen Schneider, anlässlich der Herbsttagung der Arbeitsgemeinschaft für den Regierungsbezirk Düsseldorf hinweisen, der die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden in NRW durchweg katastrophal bewertete. Er berichtete, dass ca. 90% der Kommunen ihren Haushalt nicht mehr strukturell ausgleichen können.

So gesehen befindet sich die Stadt Heinsberg im Kreise jener 10%, die eine positive Ausnahme darstellen. Das wird noch dadurch unterstrichen, dass im Vermögenshaushalt ein beachtliches Investitionsvolumen bereitgestellt wird, erstmals seit der kommunalen Neugliederung eine Kreditaufnahme nicht erfolgt und die Schulden um 1,3 Mio. Euro abgebaut werden.

Der Landrat, Herr Karl Gruber, hat in der letzten Kreistagssitzung des Jahres 2003 ausgeführt, dass das Jahr 2003 für den Kreis, die Städte und Verwaltungen ein **"Jahr der Suche"** war, vor allem nach Einsparmöglichkeiten, nach neuen Wegen, um die nicht selbst verschuldete Finanzmisere zu bewältigen. Er hätte unserer Auffassung nach häufiger beim Kämmerer der Stadt Heinsberg nachfragen sollen, welche Möglichkeiten es da gibt, dann hätte er diese Schwierigkeiten nicht gehabt.

Angesichts der Entwicklung in dem Haushalt der Stadt Heinsberg können wir den Bestrebungen, die eine Abschaffung der Gewerbesteuer fordern, nichts abgewinnen. Wir bitten in diesem Zusammenhang aber auch einen anderen Aspekt zu beachten. Wenn Industrie und Gewerbe an der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung eines Standortes nicht mehr direkt beteiligt sind, eben über Steuern und Abgaben, dann besteht für viele Kommunen kein Interesse mehr an der Ansiedlung von Industrie und Gewerbe. Die bringt ja nicht nur Vorteile mit sich, sondern ist nicht selten auch mit Belästigungen verbunden.

Ein nicht unbedeutender Beitrag zum Haushaltsausgleich ist natürlich durch die Gründung der Stadtwerke Heinsberg GmbH zum 1.1.2004 und der damit in Zusammenhang stehenden Ausgliederung der Bädereinrichtungen erreicht worden. Der städtische Haushalt wurde somit um 462.000 Euro entlastet. Hierbei sind die kalkulatorischen Kosten nicht enthalten. Wenn man dann noch den auf die Stadtwerke Heinsberg GmbH verlagerten Kapitalsdienst in Höhe von ca. 100.000 Euro berücksichtigt, kann man ermessen, welche zukunftsweisende Entscheidung der Rat der Stadt Heinsberg beschlossen hat.

Die Maßnahme hat im Hinblick auf die Erhaltung und den Bestandsschutz der Bäder hier und da Bedenken ausgelöst. Wir halten solche Bedenken für unbegründet. Die Stadt ist und bleibt alleiniger Gesellschafter der neu gegründeten Stadtwerke Heinsberg GmbH. Die Gesellschafterversammlung als Entscheidungsgremium setzt sich aus Mitgliedern des Stadtrates zusammen. Damit dürfte die Kontinuität der bisherigen Entscheidungen in diesem Bereich gewährleistet sein.

All diese positiven Nachrichten sollen uns aber nicht zum Übermut oder gar zum Hochmut verleiten. Man sollte im weiten Umland aber schon zur Kenntnis nehmen, dass die Entscheidungen der Stadt Heinsberg in den letzten Jahren, an denen meine Fraktion stets fordernd und fördernd beteiligt war, so verkehrt nicht gewesen sein können.

Der Erfolg hat, wie man sagt, viele Väter und Mütter. Wir wollen da nicht lange rätseln. Wenn aber schon in der Öffentlichkeit in letzter Zeit von **"Gemeinsamkeiten"** als Erfolgsrezept in benachbarten Rathäusern wortreich die Rede ist, dann nehmen wir und das mit Fug und Recht wie ich meine, eine Vorbildfunktion in dieser Verhaltensweise für uns in Anspruch. Eine Verhaltensweise, einen politischen Stil, ohne kleinkariertes, profilneurotisches, antiquiertes Gezänk, für den wir, insbesondere meine Fraktion, noch vor nicht allzu langer Zeit verhöhnt und verunglimpft worden sind.

Unser Bundestagsabgeordneter, Dr. Christoph Zöpel hat in diesem Zusammenhang vom **"Heinsberger Stil"** gesprochen.

Der ist ja auch nachahmenswert. Das schließt nicht aus, dass man in Ansichten und Absichten unterschiedliche Schwerpunkte setzt und sie auch benennt. Mit der notwendigen Kompromißbereitschaft kann man gleichwohl zu gemeinsamen Entscheidungen kommen. Vordergründiger Parteienstreit hängt den aufgeklärten Bürgerinnen und Bürgern ohnehin längst zum Halse heraus.

Vielleicht geben sich aber auch nicht alle Bürgermeister und alle Dezernenten soviel Mühe, wie diejenigen der Kreisstadt. Diese verantwortlichen Personen der Verwaltung beziehen alle Stadtverordneten, über Fraktions- und Parteizugehörigkeiten hinweg, in die Entscheidungsfindung mit ein.

Manches finanzielles Elend in Städten und Gemeinden ist auch darauf zurück zu führen, dass unterschiedlichste Mehrheiten im Wettlauf um die Wählergunst in früheren Jahren den Kämmerern Leistungen in die Haushaltspläne gedrückt haben, die auf Dauer nicht gut gehen konnten.

Ich bin jedenfalls überzeugt davon, dass das politische Klima, der von gegenseitigem Respekt getragene Umgang miteinander, sowie die Geschlossenheit bei wichtigen Entscheidungen, zu einem positiven Gesamtbild der Stadt und damit auch zum Erfolg beitragen.

Als "**unser größtes Werk**" hat der Fraktionsvorsitzende der CDU-Kreistagsfraktion, Herr Heinz-Jakob Paulsen, die Fusion von KWH und WLK zur "**West**" bezeichnet.

Ob das "sein größtes Werk" sein wird, bleibt abzuwarten, da die versprochenen Gewinne bislang noch nicht realisiert wurden. Festzuhalten bleibt, dass die Stadt Heinsberg und ihre Ratsvertreter es waren, die dem Kreis und hier, insbesondere der CDU-Kreistagsfraktion, Beine gemacht haben. Ansonsten hätten wir nach wie vor, den alten, - für die Stadt Heinsberg - inakzeptablen Zustand.

Im übrigen haben auch Geschäftsleute aus anderen Städten und Gemeinden des Kreises Heinsberg festgestellt, dass die Zusammenarbeit mit dem Heinsberger Stromlieferanten von Vorteil sein kann.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen u. Herren!

Wohl und Wehe der Bürgerinnen und Bürger wird auch davon bestimmt, ob es einerseits zu Erhöhungen von Steuern und Gebühren kommt, und ob es bei den städtischen Leistungen zu Abstrichen kommt. Beides ist in der Stadt Heinsberg **nicht** der Fall:

Steuern und Gebühren der Stadt Heinsberg, die ohnehin kreisweit zu den günstigsten zählen, werden **nicht** erhöht.

Das, in Verbindung mit qualitativ hochwertigen und von der Lage her herausragend guten Gewerbe- und Industrieflächen mit einer optimalen Infrastruktur, dürften geeignete Grundlagen sein, um vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen, d. h. Gewerbebetriebe anzusiedeln.

Die „Hebesatzpolitik“ der Stadt Heinsberg wird auch von der Industrie- und Handelskammer Aachen als positives Beispiel herausgestellt.

Freiwillige Leistungen an unsere im Stadtgebiet ansässigen Vereine werden - wie bisher - beibehalten. Die Nutzung der vorhandenen städtischen Einrichtungen bleibt nicht nur kostenfrei, es kommen noch weitere Einrichtungen hinzu.

In Einzelplan 5 wird mit Hilfe des Landes ein Beschluß des Sportausschusses vom 23. Mai 2001 ausgeführt, nämlich die Sportplätze von Unterbruch, Kirchhoven, Porselen und Kempen mit **Beregnungsanlagen** zu versehen.

Wer hätte wohl vor zehn Jahren noch mit einer solchen Perfektionierung auf Kreis-ebene zu träumen gewagt.

In Ihrer Haushaltsrede am 14. 1. 2004, bei der Einbringung des Haushaltes im Haupt- u. Finanzausschuss, haben Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereits die wichtigsten Maßnahmen aufgeführt und erläutert. Ich kann daher auf eine weitere ausführliche Auflistung verzichten. Alle Maßnahmen wurde in der SPD-Fraktion auf Notwendigkeit, auf Zweckmäßigkeit und natürlich auch auf Folgekosten untersucht und fanden unsere volle Zustimmung.

Das gilt insbesondere auch für den Ausbau und für die Instandsetzung von Straßen, von städtischen Gebäuden, für die Wohnumfeldverbesserungs- und für Erschließungsmaßnahmen.

Im Weiteren werde ich mich bei meinen Ausführungen auf einige für uns besonders wichtige Bereiche beschränken.

Ihre Vorschläge sehr geehrter Herr Bürgermeister Offergeld und von Ihnen, sehr geehrter Herr Ullrich, aufgrund der positiven Entwicklung auf die ursprünglich geplante Kreditaufnahme von 1,0 Mio. Euro zu verzichten und zusätzlich eine Schuldentilgung

von 1,3 Mio. Euro vorzunehmen, findet nicht nur unsere Zustimmung. Sie entsprechen unseren Vorstellungen von solider und verantwortungsvoller Haushaltsführung.

Die Zusammenarbeit wird natürlich um so mehr erleichtert, als auch eigene Anregungen und Vorschläge im Haushaltsplan ihren Niederschlag finden.

So freut sich die SPD-Fraktion ganz besonders über die städtischen Erschließungsmaßnahmen in Laffeld und in Heinsberg, wo auf stadteigenem Grund und Boden insgesamt 48 Baustellen für den privaten Wohnungsbau entstehen. Dass die Stadt neben den gewerblichen Vorhaben- und Erschließungsträgern auch einen eigenen Beitrag leistet, zu günstigeren Bedingungen vornehmlich für siedlungswillige junge Familien entsprechende Möglichkeiten zu eröffnen, ist eine unserer wiederholten Forderungen.

Sie, Herr Bürgermeister Offergeld, haben in Ihren Ausführungen im Haupt- u. Finanzausschuss u. a. auch auf den Sanierungsbedarf an den städtischen Abwasserkanälen hingewiesen. Ferner haben Sie auch auf Überlegungen in manchen Städten und Gemeinden hingewiesen, die Abwasseranlagen zu verkaufen, zu privatisieren, um sie dann zurückzuleasen. Sie haben hinzugefügt, dass so eine Vorgehensweise für die Stadt Heinsberg nicht erstrebenswert sei. Meine Fraktion teilt diese Auffassung.

Es gibt aber noch einen anderen Aspekt, auf den wir glauben, hinweisen zu müssen.

Die Stadt Heinsberg stellt in dem hier in Rede stehenden Haushaltsplan 4,1 Mio. Euro für den Abwasserbereich bereit. Einen hohen Anteil davon für die Kanalerneuerung. Dies zeigt, dass nach der unfreiwilligen Abgabe der städtischen Kläranlagen an den Wasserverband Eifel-Rur, die notwendige Pflege und Erneuerung des Netzes nicht vernachlässigt wird. Unterdessen denken andere Kommunen daran, nach den Kläranlagen auch ihre maroden Kanäle an den Wasserverband Eifel-Rur lukrativ abzutreten. In der Hoffnung, dass die Erneuerungen von der Allgemeinheit, sprich den Verbandsmitgliedern, finanziert werden.

Noch gibt es diese Möglichkeit nicht.

Sollten die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, gehen wir davon aus, dass Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister Offergeld, als Mitglied des Verbandsrates, derartigen Aktionen einen Riegel vorschieben.

Ein großer Ausgabeposten ist die **Kreisumlage**, die zwar um 2,31 % gesenkt wird, für die Stadt Heinsberg bedeutet dies aber ein Mehr von rd. 700.000 Euro.

Bei der z. Z. laufenden Wohnumfeldverbesserung Heinsberg-Innenstadt sind wir gespannt, mit welchem prozentualen Anteil die Anwohner sich an der Maßnahme beteiligen müssen. Da hatten wir beim Ausbau der Hochstraße – Erzbischof-Philipp-Straße im Jahre 1998 bereits unterschiedliche Auffassungen. Unseres Erachtens wurden die „Innenstädter“ gegenüber den Randgebieten hier klar bevorteilt.

Über die Reihenfolge von Straßenbaumaßnahmen lohnt es sich nicht zu streiten.

An der Notwendigkeit der Vorhaben bestehen im Einzelfall keine Zweifel. Den Sicherheitseinrichtungen sollte bei allen Maßnahmen höchste Priorität gelten. Zum Beispiel sollte auch bei Straßen, die noch nicht Bestandteil des Radwegenetzes sind, Angebote für Radfahrer in die Planung mit einbezogen werden. Hier haben wir in der Vergangenheit im Bauausschuss schon mehrfach darauf hingewiesen.

Da die Regularien für die Anlegung von Zebrastreifen geändert und verbessert worden sind, bieten sich auch damit nun Möglichkeiten die Sicherheit von Fußgängern zu verbessern.

Als konkretes Beispiel möchte ich hier die Boos-Fremery-Straße in Oberbruch anführen. Aus Platzmangel konnte in dem Versorgungs- u. Dienstleistungs-bereich, in Nähe des Volksparks, eine Querungshilfe ( Verkehrsinsel ) nicht angelegt werden. Die Möglichkeit eines beschilderten Überweges (Verkehrszeichen 350) könnte eine Verbesserung bringen.

Unserer Forderung: „Jedem Ortsteil sein Bürgerhaus bzw. seine Begegnungsstätte“ wird in dem vorliegenden Haushaltsentwurf ebenfalls Rechnung getragen. Mit den Maßnahmen in Horst und in Hülhoven, sowie mit der Planung der Erweiterung der Turnhalle in Randerath werden auch hier die vielfältigen Aktivitäten der Ortsvereine honoriert. Die beachtlichen Eigenleistungen der Vereine, in vielen Fällen auch die Hilfe des Landes, machen diese Projekte erst möglich. Das Zusammenspiel zwischen Stadt und Bürgerinnen und Bürgern funktioniert und wird angenommen. Beiden Seiten gebührt dafür Lob und Anerkennung.

Bürgerinnen und Bürger sind aber auch zu erhöhter Aufmerksamkeit und strengere Vorgehen bei der Bekämpfung von immer stärker auftretenden Übeln, nämlich von Vandalismus und Mülltourismus gefordert.

**"Vandalismus"** an öffentlichen Einrichtungen, aber auch an privatem Hab und Gut hat Formen angenommen, die nicht mehr mit den herkömmlichen Mitteln ausreichend bekämpft und verhindert werden können. Verschärfte Maßnahmen der zuständigen Behörden sind unausweichlich, um diesem Treiben Einhalt zu bieten.

Unseres Erachtens ist hier der Landrat als Chef der Polizei gefragt, sich entsprechende Gedanken über die Bekämpfung des Vandalismus zu machen.

Der **"Mülltourismus"** wird dadurch gefördert, dass manche Kommunen glauben, durch ein sogenanntes „Abfall-Wiegesystem“ die Abfallerzeugung an sich mindern zu können. Die Folgen dieses Irrtums haben Heinsberger Bürger vor der Haustür oder man findet sie in der Landschaft. Die SPD-Fraktion vertritt hier die Auffassung, dass solch ein „Abfall-Wiegesystem“ nicht die Patentlösung ist.

Die Verwaltung sollte hier Überlegungen anstellen, ob die Einstellung und Beschäftigung eines sogenannten „**Umweltsheriffs**“ nicht Sinn macht. Andere Kommunen haben hier nach eigenem Bekunden offensichtlich positive Erfahrungen gemacht.

Auch das illegale Entsorgen von Grünabfällen – teilweise auf den Friedhöfen -ist ein ständiges Übel und wird von den Bürgerinnen und Bürgern beklagt.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine Damen u. Herren!

Nach Ansicht des Bundes der Steuerzahler ist die Finanzmisere der Kommunen nicht auf sinkende Steuereinnahmen zurückzuführen. Das Problem soll nach deren Auffassung die städtischen Personalkosten sein.

Wir wissen nicht wie die Personalausstattung und die Tarifstruktur des Bundes der Steuerzahler ist. Aber die wissen offenbar auch nicht, wie diejenige der Stadt Heinsberg ist. Hier sind die Personalkosten nach Auffassung der SPD-Fraktion jedenfalls **nicht** überhöht.

Der Personalkostenanteil im Verhältnis zu den Steuereinnahmen ist in den letzten Jahren sogar rückläufig. Eine Personensteuerquote von 30,26 % und eine Personalausgabenquote von 18,92% dürften hervorragende Werte sein.

Mit insgesamt 487 Beschäftigten ist die Stadt selbst einer der größten Arbeitgeber in Heinsberg (Rathaus mit Bauhof 248, Stadtwerke 18, Krankenhaus 221).

Trotz der aktuellen finanziellen Entspannung im Etat der Stadt Heinsberg werden die Anforderungen an die Bediensteten in allen Bereichen, im Rathaus, im Krankenhaus, auf dem Bauhof und bei den Stadtwerken nicht geringer. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt daher der Dank der SPD-Fraktion für die hohe Einsatz- und die stete Hilfsbereitschaft.

Zum Schluss erlauben Sie mir noch einen Hinweis:

Die Feststellung des Gemeindeprüfungsamtes, dass die Stadt Heinsberg durch Nichtanwendung der für zumutbar erachteten Realsteuerhebesätze auf ca. 3 Mio. Euro Einnahmeverbesserungen verzichtet, zeigt welches Finanzpotential sich in der Stadt Heinsberg noch befindet.

Diesen Standortvorteil sollten wir uns aber auch nach Möglichkeit für die Zukunft verwahren.

Gemeinsam können wir in Heinsberg noch viel erreichen. Die SPD-Fraktion ist bereit, konstruktiv und innovativ, ihren Beitrag dazu zu leisten.

Mehr-Steuereinnahmen,

Weniger-Schulden,

keine Kreditaufnahme,

keine Steuererhöhungen,

keine Gebührenerhöhungen,

Standards bei den freiwilligen Leistungen werden nicht reduziert,

städtische Einrichtungen werden gepflegt und gewartet,

Was will man mehr?

Die SPD-Fraktion hat **kein** Problem, dem vorliegenden Haushaltsentwurf zuzustimmen.

Abschließend darf ich mich im Namen meiner Fraktion für die faire Zusammenarbeit bedanken.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.